



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/19 - 24.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Ollenhauer-Brief und Kanzler-Erklärung	S. 1
Ein Jahr Regierung Seelba	S. 3
Der Kanzler und die Politik der Stärke	S. 5
Die neue Führung der CSU	S. 6

Zwei Meinungen in der deutschen Schicksalsfrage

P.R. Mit der letzten Erklärung des Bundeskanzlers im Rundfunk und dem Brief des Oppositionsführers an ihn hat die Auseinandersetzung über die deutsche Schicksalsfrage: Ist eine Wiedervereinigung noch möglich? einen ersten dramatischen Höhepunkt erreicht. Der Oppositionsführer hat in knappster Form die Quintessenz der Auffassung seiner Partei herausgestellt, ohne Polemik, wenn auch mit Hinweisen darauf, wo nach seiner Ansicht Versäumnisse in der Vergangenheit bestehen. Der Nachdruck aber lag auf den Vorstellungen für das weitere notwendige Verfahren in dieser ebenso ernsten wie schwierigen Frage.

Die Absicht des Kanzlers läuft im Grunde nicht darauf hinaus, zu prüfen und dann abzulehnen, sondern zunächst einmal abzulehnen und dafür dann eine Begründung zu finden. Das Ziel Ollenhauers ist es, die Gesichtspunkte in der sowjetischen Erklärung, die Anknüpfungspunkte für Verhandlungen bilden könnten, auf ihre wirkliche Bedeutung hin zu untersuchen und vorzuschlagen, von dieser Basis aus sich durch das sicher noch recht dichte Gestrüpp verbleibender Schwierigkeiten zu dem Ziele erfolgversprechender Verhandlungen selbst vorzuarbeiten.

Dem Kanzler musste es also darauf ankommen, Begleitumstände der sowjetischen Erklärung, die gewisse Aussichten eröffneten, unter dem Tisch fallen zu lassen oder sie, wenn das nicht ging, weil sie direkt angesprochen wurden, zu entkräften. Unerwähnt blieb also, dass

die Sowjets diesmal auf die Forderung nach vorherigem Abzug der Besatzungstruppen verzichteten, sich nicht mehr gegen die NATO gestellt und das Verlangen nach der Ausarbeitung von Grundzügen eines Friedensvertrages vor der Durchführung von freien Wahlen fallengelassen haben. Nicht unerwähnt konnten zwei Fragen bleiben, die die Sowjets ausdrücklich aufgeführt haben: Die der freien Wahlen und die ihrer internationalen Kontrolle.

Gemeinsames Wahlsystem möglich

Die Art und Weise, wie der Kanzler sich damit befasst hat, lässt den ganzen Unmut erkennen, sich damit überhaupt auseinanderzusetzen zu müssen. Er nimmt Anstoß daran, dass die Sowjetunion bei der Ausarbeitung des Gesetzes für diese freien Wahlen auch Elemente des östlichen Wahlgesetzes berücksichtigt wissen will und lehnt infolgedessen Wahlen nach solchem Prinzip grundsätzlich ab. Dabei ist das Wahlgesetz der Sowjetzone - von der Praktizierung einmal abgesehen - ein reines Verhältniswahlrecht, sehr ähnlich dem der Weimarer Zeit. Der Kanzler übergeht, dass der erste Bundestag am 6. Februar 1952 bereits einen Wahlgesetzentwurf zugestimmt hat, der für die Wahl zu einer gesamtdeutschen Versammlung das reine Verhältniswahlrecht vorsieht und dass zur Zeit der Berliner Konferenz von den Westmächten zugestanden worden war, es sollte aus Bestandteilen der in Westdeutschland wie in Mitteldeutschland geltenden Wahlsysteme ein neues Wahlgesetz erarbeitet werden. Sie gingen dabei von der Überzeugung aus, dass darin durchaus keine Beeinträchtigung des freien Charakters der Wahlen zu liegen brauche. Sache der Verhandlungen darüber sollte es sein, Bestimmungen, die mit diesem Charakter unvereinbar wären, auszuschalten.

An diesem Punkt wird in der Darstellung des Kanzlers die Absicht deutlich, als Voraussetzung für den Beginn von Verhandlungen das zu setzen, was im günstigsten Falle als Ergebnis an ihrem Ende stehen könnte. Das gleiche gilt für seine Stellungnahme zur internationalen Kontrolle dieser Wahlen, in dem er sagte, da diese Wahlen, nach dem von den Sowjets vorgeschlagenen Modus doch nicht eigentlich frei sind, habe es auch keinen Zweck, sie zu kontrollieren. Eine recht paradoxe Bemerkung, da ja schließlich gerade die Gefahr, dass es bei solchen Wahlen nicht in jedem Punkte korrekt zugehen könnte, der Ursprung der westlichen Forderung nach internationaler Kontrolle war, der sich die Sowjets nun endlich angeschlossen haben.

Widersprüche

So entsteht der peinliche Eindruck, dass vom Bundeskanzler jetzt abgelehnt wird, was seinerzeit von den Westmächten selbst vorgeschlagen wurde, abgelehnt wird im Grunde nur, weil es diesmal von den Sowjets, zumindest im Prinzip, angeboten wird. Der Wille wird sichtbar, unter allen Umständen jedes sowjetische Entgegenkommen zu übersehen, um nicht doch schon jetzt verhandeln zu müssen.

Der Kanzler sieht in der Bereitschaft der Sowjetunion, auch die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren, den Willen der Sowjets, an der Teilung Deutschlands festzuhalten. Aber hat nicht der Bundeskanzler selbst von der Möglichkeit solcher Beziehungen, freilich nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, gesprochen? Und träfe sein eigener Vorwurf nicht vor allem ihn selbst? Wenn der Kanzler sagt, die Sowjetunion lasse völlig ungewiss, w a n n und w i e die Wiederherstellung der deutschen Einheit erfolgen solle - kann er sagen, ob sich dazu irgendeinmal ein verantwortlicher Mann auf der Seite der Westalliierten geäußert hat? Schließlich gab Dr. Adenauer die Versicherung ab: "Wir werden uns an keinem Abkommen militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Art mit der Sowjetunion beteiligen, das stillschweigend oder erklärtermaßen die Fortdauer der Teilung Deutschlands sanktioniert." Die Frage, die sich hier aufdrängt, lautet: Wäre die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Erklärung auch im Hinblick auf die Abmachungen mit den westlichen Alliierten abzugeben?

Erstaunte Frage aus London

Die Erklärung des Bundeskanzlers hat jedenfalls, wie kaum eine andere frühere Äußerung von ihm, deutlich gemacht, dass ihm an sofortigen Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nichts gelegen ist. Das geschah bezeichnenderweise in einem Augenblick, in dem die angesehenere Londoner Wochenzeitung "Observer" die bisherige britische Einheitsfront in dieser Frage durchbricht und in einem groß aufgemachten Artikel die ernsthafte Prüfung der sowjetischen Absichten vor der endgültigen +) verlangt. Das geschah unmittelbar nachdem diplomatische Kreise in London erklärten, man rechne mit der Möglichkeit, dass die Bundesregierung die Westmächte ersuchen werde, Moskau zu einer Erläuterung seiner letzten Note aufzufordern und gesagt wurde, man sei in London erstaunt, dass ein solcher Schritt nicht schon erfolgt sei. Der Sprecher fügte hinzu, England habe von sich aus nicht die Absicht, sich um eine solche nähere Erläuterung der Note zu bemühen.
*) Unterzeichnung der Verträge

Hier liegt das eigentlich Betrübliche, ja Tragische des ganzen Vorganges: Bei den Westmächten wird ein Schritt des Kanzlers erwartet, weil man ihn im Rahmen der deutschen Interessenvertretung für selbstverständlich hält. Aber der Schritt erfolgt nicht ...

Scelba hat Glück gehabt

PE - Rom, Ende Januar

Es wird nun bald ein volles Jahr, dass die Regierung Scelba im Amt ist. Kaum ein politischer Beobachter hätte diesem Kabinett bei seinem Amtsantritt im Februar 1954 ein so langes Leben prophezeit. Man wird auch kaum leugnen können, dass im Lande ganz allgemein Enttäuschung darüber herrscht, wie vieles von dem unverrichtet geblieben ist, was sich die Öffentlichkeit zunächst von dieser "Regierung der demokratischen Konzentration" erhofft hatte.

Zum ersten Male seit dem Bestand der Republik hatten sich die Vertreter der Democrazia Cristiana mit den Sozialdemokraten und den Liberalen als wirklich gleichberechtigte Partner zusammengefunden, um unter Hinterrücksetzung vieler konfessioneller und klassenbedingter Vorurteile die demokratischen Institutionen gemeinsam gegen die totalitären Kräfte von links und rechts zu verteidigen. Scelba hatte seinen Koalitionspartnern so wichtige Schlüsselstellungen wie das Finanz-, das Arbeits- und das Unterrichtsministerium überlassen, - ein Entschluß, den er bei seinen eigenen Parteifreunden nicht ohne Mühe durchsetzen konnte.

Aber die "innere Reibung" innerhalb des Kabinetts wurde bald so stark, dass die groß angelegten Reformpläne, die insbesondere von den sozialdemokratischen Ministern ausgearbeitet worden waren, immer häufiger bereits in den Sitzungen des Kabinettsrats steckenblieben und, wenn überhaupt, nur in stark verwässerter Fassung vor das Parlament gelangten. So glitt bald auch diese Regierung in das Fahrwasser jenes "Immobilismus", den man heute allgemein dem früheren Ministerpräsidenten De Gasperi vorwirft und der darin bestand, kontroverse Probleme einfach ruhen zu lassen.

Wenn Scelba dennoch auch heute an der Regierung ist, so hat er dies in erster Linie einer Reihe unvorhersehbarer äußerer Umstände zu verdanken, die ihm immer wieder weiterhelfen.

Als erste dieser unerhofften "Hilfen" darf wohl die Spaltung

der monarchistischen Partei angesehen werden, von der die italienische Öffentlichkeit im Sommer des Vorjahres überrascht wurde. Diese Spaltung zeigte die fragwürdige Konsistenz jenes "Rechtsblocks" auf, mit dem ein erheblicher Teil der christlich-demokratischen Politiker dauernd kokettiert.

Der Parteikongress der Democrazia Cristiana in Neapel brachte denn auch einen überwältigenden Sieg derjenigen Kräfte innerhalb der Partei, die ein Bündnis mit den Rechten entschieden ablehnen. Als völlig unerwartetes Geschenk bescherte das Schicksal ferner dieser Regierung den kommunistischen Sotgiu-Skandal, der den Kommunisten ihre sittenrichterliche Pose gründlich verdarb und der in der Öffentlichkeit das Interesse für den Montesi-Skandal weitgehend ablöste.

Die Lösung der Triest-Frage stellte einen weiteren außenpolitischen Erfolg dar oder wurde doch von der öffentlichen Meinung Italiens überwiegend als solcher aufgefasst. Als günstig erwies sich ferner die Ersetzung des Außenministers Piccioni durch den Liberalen Martino. Nicht nur, dass der "neue Mann" sofort bei allen internationalen Konferenzen einen weitaus besseren Eindruck machte als sein durch die Montesi-Affäre kompromittierter und abgekämpfter Vorgänger und dass er somit der Stimme Italiens wieder verstärktes Gewicht verschaffen konnte; seine Berufung an die Spitze des Außenministeriums stellte auch insofern einen Gewinn für Scelba dar, als Martino bis dahin Unterrichtsminister gewesen war und damit einen Stein des Anstoßes für die ultraklerikalen Elemente in der Democrazia Cristiana dargestellt hatte. Die Betrauung Martinos mit dem Außenministerium stellte also sowohl die Liberalen zufrieden, die darin eine Rangerhöhung eines ihrer Vertreter im Kabinett erblickten, als auch jene christlich-demokratischen Eiferer, die nur mit größtem Mißbehagen einen "Laien", an der Spitze des Unterrichtsministeriums gesehen hatten.

Mit alledem soll keineswegs behauptet werden, die Regierung Scelba habe keinerlei nützliche Arbeit geleistet und verdanke es ausschließlich äußeren Zufällen, wenn sie noch nicht gestürzt worden ist. Eine solche Beurteilung wäre ungerecht. Aber von den grundlegenden Fragen der italienischen Innenpolitik hat auch sie keine einzige wirklich gelöst und so ist ihre verhältnismäßig lange Amtsdauer doch wohl vorwiegend jenem Faktor zuzuschreiben, den man gemeinhin mit dem Wort "Glück" zu bezeichnen pflegt.

Adenauer verleugnet seine Divisionen

-tt.- Adenauers militärstrategische Feststellung, dass der Besitz von zwölf Divisionen die Bundesrepublik in der heutigen Zeit wirklich nicht stark mache, ist ein Wort, das in seinen innen- und außenpolitischen Konsequenzen zunächst nur annähernd abgeschätzt werden kann. Es ist das geradezu klassische Beispiel für das zwangsläufige Mißlingen eines allzusehr ausgeklügelten Versuchs, die deutsche Öffentlichkeit mit einem Theatercoup irreführen zu wollen, ohne die realpolitischen Folgen zu bedenken.

Adenauer wollte mit seiner Feststellung zweierlei erreichen:
1. sollten die Vorwürfe der SPD entkräftet werden, dass der Kanzler mit dem Drang nach Divisionen eine Politik der Stärke treibe,
2. sollte bei dieser Gelegenheit zugleich die immer größer werdende Sorge in den westlichen Nachbarländern vor der neuen Wehrmacht besänftigt werden.

Das Ergebnis sieht anders aus. Man kann es in vier Punkten zusammenfassen: 1. hat der Kanzler seiner eigenen Aufrüstungspolitik den Boden entzogen, denn sie lebte ja nur von dem von ihm behaupteten dringenden Erfordernis der Aufstellung starker westdeutscher Streitkräfte als Beitrag zum westlichen Verteidigungssystem; 2. bestätigte der Kanzler die Erklärungen der SPD, dass "in der heutigen Zeit", also angesichts der Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen, die bundesrepublikanischen Divisionen kein sinnvoller Verteidigungsbetrag sein können; 3. hat der Kanzler in den westlichen Nachbarstaaten der Bundesrepublik nur neues Mißtrauen gegen die "eigentlichen Absichten der Deutschen" hervorgerufen, denn dort hat man sich mit den westdeutschen Divisionen nur deshalb abzufinden versucht, weil man sie als einen starken Schutzschild an den eigenen östlichen oder südlichen Grenzen verwenden zu können hoffte; 4. hat der Kanzler die NATO-Führung desavouiert, die - zuletzt noch in den Kopenhagener Erklärungen General Gruenther - die westdeutschen Divisionen als eine wesentliche und notwendige

Verstärkung der westlichen Verteidigungsfront gefordert hat.

Die Opposition hat allen Anlass, den militärstrategischen Exkurs des Bundeskanzlers mit der Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen, die er an anderer Stelle gewiß nicht auslösen wird. Man wird dort sicher auch mit bedauerndem Erstaunen die Erkenntnis von der Schwäche der innerpolitischen Position des Kanzlers verzeichnen, die ihn gezwungen hat, zur Abwehr des konkreten Vorwurfs, er betriebe eine Politik der Stärke, nicht nur diese Politik zu verleugnen, sondern zugleich auch den Wert der zwölf westdeutschen Divisionen "in der heutigen Zeit" völlig abzuschreiben, bevor die Pläne zu ihrer Aufstellung überhaupt Gestalt annehmen konnten.

* * *

Strauß fiel daneben

sp - Mit der nicht gerade imponierenden Mehrheit von 380 gegen 329 Stimmen ging der frühere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Hans Seidel als Sieger bei der Wahl des CDU-Vorsitzenden hervor. Bundesminister Strauß mußte sich mit dem zweiten Platz begnügen, Bundesfinanzminister Schäffer, der bis zuletzt die Delegierten wissen ließ, er wäre einer Wahl zum Landesvorsitzenden nicht abgeneigt, zog dann doch seine Kandidatur zurück.

Das Mißtrauen gegen die "Bonner" beherrschte den Parteitag. Die Ausschaltung von Ehard, dem früheren Ministerpräsidenten, von allen Parteiämtern erfolgte auf dessen eigenen Wunsch. Entscheidend für diese Enthaltensamkeit dürfte wohl die Erkenntnis des jetzigen Landtagspräsidenten Ehard gewesen sein, den Streit um die Schuldfrage in der CSU zunächst einmal abklingen zu lassen. Die CSU hat es immer noch nicht überwunden, dass zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten die Macht des konservativ-katholischen Blocks aufgebrochen wurde. Die Suche nach dem Sündenbock hält an. Der neue CSU - Parteivorsitzende wird es nicht leicht haben, sich jenes schwarzen Flügels zu erwehren, der nach den Landtagswahlen, von Hochmut geschwollen, durch seinen Machtrausch die CSU in die ihr ungewohnte Oppositions-

rolle drängte.

Dr. Hanns Seidel, der Sieger über die "Bonner", hat den un-
freiwilligen Abschied von seinem Ministeramt sehr bitter empfunden
und die Münchener Viererkoalition recht gehässig und unfreundlich
kommentiert. Eine so unverdächtige Zeitung wie die "Passauer Neue
Presse" gibt der CSU nun den Rat, ihre Stellung nicht zu mißbrau-
chen und mit ihrer Kritik Maß zu halten. Wir lesen in diesen bemer-
kenswerten Ausführungen u.a.:

"Nun hat der 'rote' bayerische Ministerpräsident Dr. Wilhelm
Hoegner im Landtag sein Programm verkündet, wie man sagen muß, ein
wirklich bayerisches und maßvolles Programm; das kein Wort von So-
zialisierung oder Zentralisierung enthält, sondern ein Bekenntnis
zum Föderalismus, zur Sparsamkeit, zur Gesetzesvereinfachung, zum
Privateigentum, zur Privatwirtschaft und ein Versprechen auf tole-
rante Kulturpolitik darstellt. Es ist keine sozialistische Regierungs-
erklärung, sondern eine Kompromißlösung des Gedankenguts von vier
Parteien, geführt von einem Regierungschef, der schon als "könig-
lich bayerischer Sozialdemokrat" ein Feind radikaler Lösungen war.
Man lese einmal in den Erinnerungen des bayerischen Edelmanns Erwein
von Aretin nach, wie sehr dieser bayerische Sozialdemokrat Hoegner
für die Einführung der Monarchie der Wittelsbacher in den schick-
salschweren Wochen vor der Machtergreifung Hitlers war, um diese zu
verhindern, und welche klägliche Rolle dabei der aus Hessen stammende,
von der Bayerischen Volkspartei gestellte Ministerpräsident
Dr. Held gespielt hat. Und weil geschichtliche Reminiszenzen immer
gut sind, weil man von Fehlern lernt, kann man in den eben zitierten
Memorien Aretins gleichfalls nachlesen, von welcher verhängnisvollen
Folgen es gewesen ist, dass die damalige Regierung des Dr. Held
im Landtag gar keine Mehrheit hatte, sondern ein bloß geschäftsfüh-
rendes Kabinett war, weil die damaligen Machthaber Held - Prälat Wohl-
muth es mit ihrer Weltanschauung nicht für vereinbar hielten, mit
den bösen Sozis zusammenzugehen. Diesen Dogmatismus hat das baye-
rische und deutsche Volk inzwischen teuer genug bezahlt, denn eine
Regierung bedarf, um wirken zu können, einer breiten Basis. Hat
sie diese nicht, dann gewinnen die Unterminister einer Demokratie
an Boden. Und dazu gehören die Worte Hoegners, als er davon sprach,
die Oppositionspartei möge ihre Stellung nicht mißbrauchen und
künftig nicht allzuviel Wind s ä e n, sonst werde man eines
Tages S t u r m e r n t e n, zu den eindrucksvollsten der Re-
gierungserklärung . . . "

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

24.1.1955

Der Brief, den der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, am Sonntagabend dem Bundeskanzler in Bühlerhöhe überreichte liess, hat folgenden Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Das deutsche Volk steht an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte der Nachkriegszeit.

Die Abstimmung der gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik über das Pariser Vertragswerk, dessen Kernstück die Aufstellung deutscher Streitkräfte im Rahmen der Westeuropäischen Union und der NATO ist, ist von schicksalsschwerer Bedeutung für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Die Annahme des Vertragswerkes führt nach unserer Überzeugung zu einer verhängnisvollen Verhärtung der Spaltung Deutschlands.

Der Deutsche Bundestag dagegen hat wiederholt einstimmig beschlossen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik zu behandeln.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist nur möglich auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den vier Besatzungsmächten.

Die Haltung der Sowjetunion lässt erkennen, dass nach der Ratifizierung der Pariser Verträge Verhandlungen über die deutsche Einheit nicht mehr möglich sein werden.

Dies bedeutet: Die Bundesrepublik und die sogenannte "Deutsche Demokratische Republik" bleiben gegen den Willen des deutschen Volkes nebeneinander bestehen. Zugleich werden dadurch die Spannungen zwischen West und Ost verschärft, deren schwerste Last vom ganzen deutschen Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu tragen wäre.

Diese Lage erfordert nach Auffassung weitester Kreise des deutschen Volkes jede mögliche Anstrengung der Bundesrepublik, eine solche Entwicklung um der Einheit, der Freiheit und des Friedens unseres Volkes willen zu verhindern. Ohne eine solche Anstrengung bleibt im Ausland der Irrtum bestehen, als ob man in Deutschland die Wiedervereinigung in Freiheit nicht als das vordringlichste Ziel betrachtet.

Die deutsche Frage kann nicht allein durch die Regierung der Bundesrepublik gelöst werden. Sie ist auch nicht zu lösen durch Verhandlungen der Bundesregierung mit Pankow.

Die deutsche Einheit kommt weder durch Versprechungen nur des Westens oder nur des Ostens. Wirklichkeit kann sie nur dadurch werden, dass die Mächte des Westens als auch des Ostens sich über die Einheit in Freiheit einigen und ohne Verzögerung alle praktischen Schritte tun, um diese Einigung in die Tat umzusetzen.

24.1.1955

Eine solche Politik entspricht auch der von den Besatzungsmächten selbst übernommenen Verpflichtung, für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu wirken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Überzeugung, dass noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, um vor der Ratifizierung der Pariser Verträge endlich einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, auf dem Wege von Vier-Mächteverhandlungen die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen.

Die Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Januar 1955 enthält hinsichtlich der in allen vier Zonen Deutschlands und Berlin durchzuführenden Wahlen Vorschläge, die Verhandlungen über diesen Punkt aussichtreicher machen als während der Berliner Konferenz im Januar 1954. Die Sowjetunion hat in ihrer Erklärung ausserdem zum ersten Mal dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Wahlen zugestimmt.

Die Sowjetunion behauptet jetzt also, zu freien und international beaufsichtigten Wahlen bereit zu sein. Ob die Sowjetunion zu diesem Angebot steht und ob mit ihr Vereinbarungen über ein Wahlgesetz getroffen werden können, das in unserem Sinne freiheitlich ist, darf nicht vorweg beurteilt, sondern kann nur in Verhandlungen selbst geklärt werden. Man muss die Sowjetunion jetzt beim Wort nehmen.

Man hat es 1952 versäumt, die Ernsthaftigkeit der damaligen Angebote der Sowjetunion zu erproben. Uns jetzt der gleichen Unterlassung schuldig zu machen, würde vor dem deutschen Volk nicht verantwortet werden können.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet daher an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die dringende Bitte, sofort folgende Schritte zu unternehmen:

- 1.) Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien und Frankreich zu bitten, mit der Regierung der Sowjetunion über deren Vorschläge in der Erklärung vom 15. Januar 1955 zu verhandeln.
- 2.) Mit dieser Bitte an die Regierungen den Wunsch zu verbinden, dass solche Verhandlungen noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge eingeleitet werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist bei diesem Anliegen von dem einzigen Wunsch geleitet, jede Möglichkeit zu nutzen, das ganze deutsche Volk in den vier Besatzungszonen und in Berlin in einem freiheitlich und demokratischen Staatswesen zu vereinen.

Gelingt dieser Versuch, dann werden auch die 13 Millionen

24.1.1955

Deutsche, die jetzt hinter dem Eisernen Vorhang ausharren, als Menschen in Freiheit und Recht leben. Nicht nur dem deutschen Volk wäre dann ein grosser Teil der Sorge um den Frieden und die Freiheit der Welt abgenommen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie wissen wie ich, dass die Millionenanzahl von Menschen in unserem Volke wächst, die mit steigender Unruhe sich wegen der Fortdauer der Spaltung Deutschlands Sorgen macht. Das deutsche Volk wird seine Spaltung niemals hinnehmen.

Millionen Menschen erfasst auch ein Grauen davor, dass unter diesen Umständen durch die Wiederaufrüstung die persönliche Gewissensnot und die politische Zerklüftung in der Bundesrepublik vertieft werden.

Ich halte es für unmöglich, dass die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Wiederaufrüstung mit einem so tiefen Zwiespalt in unserem Volke gehen kann. Verteidigung und Sicherheit eines Landes müssen auf der Gemeinsamkeit des Willens im Volk begründet sein. Sie ist nur zu erreichen, wenn wir in dieser schweren Stunde dem ernsthaften Versuch den Vorrang geben zur Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes zu kommen.

Diese Empfindungen und Überlegungen sind die Grundlage unserer Vorschläge und ich bin sicher, dass Sie dem heissen Wunsch und der festen Überzeugung aller Schichten unseres Volkes entsprechen, wenn Sie unserem Vorschlag folgen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung!

Ihr sehr ergebener

(Unterschrift)